

An den „SprecherInnenkreis“ und das Bündnis „Essen stellt sich quer“
zur Kenntnis an die interessierte Öffentlichkeit

Liebe/r Sonja, Christian, Max und Olli

(wir vermuten einfach mal, dass ihr den Brief verantwortet),

mit eurer „Replik“ auf unsere öffentliche Erklärung gegen den Ausschluss der MLPD macht ihr es euch ziemlich einfach. Ihr handelt die Punkte formal ab - „alles falsch“ - und wollt dann einen Deckel drauf machen. Bemerkenswert ist, dass ihr unseren Briefwechsel nicht öffentlich machen wollt. Sorry, aber eine solche „Geheimdiplomatie“ machen wir nicht mit. Denn eine antifaschistische Aktionseinheit auf überparteilicher Grundlage muss ihre Auseinandersetzungen öffentlich führen, sich dem Urteil ihrer Mitstreiter und der Bevölkerung stellen. Eine öffentliche Diskussion stärkt nicht etwa die reaktionären, faschistischen Kräfte, sondern der Ausschluss der MLPD als revolutionärer Flügel im Bündnis ESSQ spielt denen in die Hände! Wenn ihr die Auseinandersetzung nicht in der Öffentlichkeit führen wollt, hat das nichts mit „Anstand“, wie ihr schreibt, zu tun. Sondern damit, auf welch schwachen Beinen der Ausschluss steht.

Wir haben nachgewiesen, dass ihr aus antikommunistischen Motiven handelt. Ihr behauptet einfach, er hat nichts mit Antikommunismus zu tun, und fertig. Womit sonst? Heute kommen die antikommunistische Totalitarismustheorie, die sogenannte „Extremismustheorie“ die „Hufeisentheorie“ und vieles andere zu Recht ins Wanken. Und dann kommt ihr und maßt euch an zu entscheiden, ob und wann es erlaubt sein soll, seine sozialistische/kommunistische Weltanschauung nach außen zu dokumentieren? Lasst doch die Leute selbst entscheiden!

Und was ist eure großartige Begründung, dass es euch nicht um Antikommunismus geht: *„Die Mitnahme einer eigenen Lautsprecheranlage majorisiert die eigene einzelne Meinungspublication. Sie stellt alle anderen, die nicht über die gleiche Infrastruktur verfügen ungleich.“* Dabei wisst ihr ganz genau, dass bei uns immer alle Antifaschisten und durchaus auch KritikerInnen zu Wort kommen – im Gegensatz zu eurer Moderation in den letzten Monaten. Bei euch kann man sich nur für Redebeiträge anmelden, und ihr entscheidet dann selbstherrlich, als „MLPD“ oder auch „Umfeld“ hat man kein Rederecht, basta. DAS ist euer Demokratieverständnis. Letztlich versucht ihr damit nur euren Führungsanspruch durchzusetzen.

In eurer Replik wird davon gesprochen, dass ESSQ *„als einheitliche Organisation nach außen auftritt“*, alles andere wäre Spaltung. ESSQ ist aber eben keine Organisation, sondern ein Bündnis! Charakteristisch für Bündnisse ist nun mal, dass man einen gemeinsamen Nenner hat (hier gegen Faschismus und Rassismus), und darüber hinaus jede Organisation ihre eigene Identität behalten und auch darstellen kann. Wollt ihr das etwa ändern, mit euch als Leitung?

In die gleiche Richtung geht eure Argumentation: *„Zu Wort kamen jedoch alle Bündnispartner*innen in der Rede des gesamten Bündnisses.“* (gemeint ist die „#wir sind mehr“-Kundgebung). Stimmt doch gar nicht! Natürlich sind wir alle gegen Rassismus und Faschismus. Aber zu den Ursachen und Gegenstrategien braucht es eine breite Debatte mit allen relevanten Strömungen. Genau das wollt ihr nicht zulassen. Gerade weil nicht immer alle bei den Kundgebungen sprechen können, ist das Offene Mikro ein hervorragender demokratischer Standard. Bei Demonstrationen hat es sich zu einer beliebten Methode entwickelt, aufzuklären, zu diskutieren auch mit Passanten, und mit Parolen und Musik eine anziehende Demokultur zu entwickeln. Wovor habt ihr Angst? Es ist eine Bevormundung der Leute, ihnen vorschreiben zu wollen, was sie hören oder lesen dürfen und was nicht. Das halten wir für falsch.

Gebetsmühlenartig wiederholt ihr, die MLPD halte sich nicht an Absprachen, und verschweigt dabei, worum es eigentlich geht. Begründet doch mal, warum ihr aus der Wahrnehmung eines erkämpften demokratischen Parteienrechts – das Auftreten bei öffentlichen Versammlungen, hörbar und sichtbar mit Fahnen und Flugblättern – einen Ausschlussgrund konstruiert, und warum ihr euch überhaupt das Recht anmaßt, damit demokratische Grundrechte auszuschalten!

Ihr schreibt zwar: *„Alle Parteien können als eigenständig auftreten und sich äußern“*, um es dann sofort einzuschränken, dass das auch nicht gelten kann: *„...zum Beispiel, wenn man gebeten wird, mit weniger Parteifahnen oder eben gar keinen, aufzutreten, weil es der Sache dient.“* Wer entscheidet denn, ob es der Sache dient? Grundsätzliche demokratische Rechte können überhaupt nicht, weder von einer SprecherInnengruppe noch mit Mehrheitsentscheidungen, ausgehebelt werden. Damit wird jeder Willkür Tür und Tor geöffnet. Demnächst beschließt ihr noch, die MLPD darf sich beteiligen, aber ohne Parteifahnen, ohne über Sozialismus zu sprechen und ohne Rechtsentwicklungen innerhalb der Grünen oder SPD zu kritisieren. Und das soll dann „anständig“ sein?

Ist die neue Grundlage etwa *„Wir haben zwar Regeln der Zusammenarbeit, aber wenn jemand fordert, dass sie nicht gelten sollen, muss man das respektieren“*? Wie sollte es denn „der Sache dienen“, zu verschleiern wer wofür steht? Man kennt es von CDU, SPD usw., dass sie lieber im Hintergrund die Strippen ziehen. Dass Parteien sich hinter anderen Organisationen verstecken, lehnen wir grundsätzlich ab. Naturgemäß vertreten Mitglieder z.B. der Linkspartei oder SPD auch eine entsprechende Weltanschauung, selbst wenn sie nicht für ihre Partei sprechen, wie der OB-Kandidat der SPD Oliver Kern für die AWO bei der „#wir sind mehr“-Kundgebung.

Wir erinnern an den realen Vorgang, nach dem dann der Ausschluss der MLPD aus dem Bündnis beantragt wurde: Eine MLPD-Fahne und ein MLPD-Transparent mit der Forderung *„Verbot aller faschistischen Organisationen“* sowie ein Offenes Mikro auf der antifaschistischen Demo am 02.01.2020 mit ca. 200 Teilnehmern. Das alles sollte verboten sein, nur weil es einigen nicht passte. Tatsächlich ist die Forderung nach dem Verbot aller faschistischen Organisation und ihrer Propaganda vor Jahren noch als Minderheitsmeinung von der MLPD aufgestellt worden und wird heute von hunderttausenden Menschen geteilt – was ist daran „parteiegoistisch“?

Hier sind doch die Maßstäbe inzwischen völlig verschoben, weil die antikommunistische Denkweise Eingang gefunden hat.

Immer wieder wurden auch in ESSQ antikommunistische Artikel und Pamphlete in Umlauf gebracht, behauptet, die Unterstützung der BDS-Kampagne sei antisemitisch, eine sachliche Diskussion darüber abgelehnt und dann gesagt *„das spielt bei der Abstimmung aber keine Rolle“*. Unsere Kritik ist nicht, dass die Abstimmung über den Ausschluss der MLPD veröffentlicht wurde. Bezeichnend war dabei, dass das Ergebnis direkt an den MLPD-Hasser und selbst ernannten „Ruhrbaron“ Stefan Laurin gegeben wurde.

Und bitte erklärt mal, warum der offizielle Twitter-Kanal von ESSQ einem Twitter-account folgt, der als Logo „FUCK MLPD“ hat, und dessen einziger Inhalt MLPD-bashing ist.

Wer jetzt noch behauptet, der Antikommunismus spiele hier keine Rolle, gleicht einem Kind, das sich die Hände vor das Gesicht hält und sagt „ich bin nicht da!“.

Marc Ziemann hat schon immer gegen die MLPD geätzt, z.B.: *„...war mir persönlich klar, dass eine weitere Zusammenarbeit im Bündnis mit Menschen, die diese Weltanschauung haben, nur weiteren Ärger bringt.“*...*„Entweder die MLPD unterwirft sich bedingungslos den Absprachen der Bündnisteilnehmer oder sie verlässt das Bündnis.“* (Mails vom 14.2.20. /14.12.19). Doch in den letzten Monaten bekam er tatkräftige Unterstützung vor allem von Oliver Asbach und weiteren GRÜNEN-Mitgliedern, die erst seit kurzem dazu gestoßen sind. Es wurde eine Stimmung gegen die MLPD erzeugt, die jede sachliche Auseinandersetzung bekämpfte. So in der Mail vom 11.1.20, als sich O. Asbach massiv darüber aufregte, dass das Internationalistische Bündnis eine Gegenaktion am neuen Tag der Steeler Nazis angemeldet und alle dazu eingeladen hat – was ist daran falsch? Für ihn aber ein infamer „Alleingang“, dort und dann zu demonstrieren wann die Nazis tatsächlich unterwegs sind. Die bestechend logische Konsequenz war für ihn, dass die Folge nur der Ausschluss aus ESSQ sein konnte. Keine Wunder, dass ihr solche Vorgänge nicht öffentlich machen wollt!

Antikommunismus ist das Wesen des Faschismus als der offenen und unverhüllten Diktatur des Kapitals gegen die Arbeiterklasse und breiten Massen. Jede fortschrittliche Bewegung muss sich heute von antikommunistischer Knebelung und Beeinflussung frei machen, wenn sie

ihre Ziele erreichen will. Wird dagegen auf antikommunistischer Grundlage gearbeitet, ist das wie eine Brücke zur Ideologie und Praxis der Faschisten. Übertrieben? Auf der Bürgerversammlung in Steele am 13.02.2020 unter Teilnahme von „Steeler Jungs“ war der gemeinsame Nenner von denen und einigen anderen Teilnehmern die Hetze gegen die MLPD. Gibt euch das nicht zu denken?

Ihr schreibt zu Recht: „...wir sind kein Debattierverein... Die Faschist*innen schlafen nicht, widmen wir unsere Energie lieber ihnen, als uns untereinander...“. Nur zu gerne! Aber einigen ist ihr Antikommunismus offensichtlich wichtiger als der Kampf gegen die Faschisten. Sie demonstrieren lieber gar nicht, als mit der MLPD. Das zeigt, wohin die antikommunistische Spaltung praktisch führt und dass sie die rechten Kräfte stärkt.

Ihr redet ständig selbstgerecht von Anstand und Fairness, und schließt dann die MLPD aus dem Bündnis aus. Selbst nach bürgerlichen Maßstäben bräuchte man für solch einen Beschluss eine absolute Mehrheit. Zählt man die Enthaltungen dazu, war hier nicht mal eine positive Mehrheit für den Ausschluss. Die Krone setzten dem Sonja Neuhaus und Wolfgang Freye auf, die gegen das ausdrückliche Votum des Kreisparteitags ihrer Partei DieLinke für den Ausschluss stimmten. So geht bürgerliche „Demokratie“, aber nicht antifaschistische Aktionsseinheit. Ihr zeigt euch „zutiefst erschüttert“, dass wir das Abstimmungsergebnis korrekt wiedergeben und auswerten – ein normaler demokratischer Vorgang. Wieder fragen wir uns, warum ihr dermaßen das Licht der Öffentlichkeit scheut. Offensichtlich schwant euch, dass solche Grabenkämpfe bei den Menschen nicht gut ankommen.

Warum erschüttert euch nicht der Mordanschlag auf unsere GenossInnen in Huttrop? Dazu gab es bisher von ESSQ kein Wort der Solidarität, keine öffentliche Erwähnung, noch nicht mal eine einfache Antwort auf die Mail der Betroffenen Aja Lenz und Dirk Willing. Im Gegenteil sollte ihnen (u.a. ähnlich Betroffenen) auf der SBB-Demo am 2.1.2020 praktisch noch verwehrt werden, am Offenen Mikro darüber zu sprechen! Das ist ja gerade die antikommunistische Leitlinie: Gegenüber der MLPD ticken alle Uhren anders, weil sie sich dem nicht unterwirft.

Liebe SprecherInnen,

Dieses Jahr ist der 75. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald, geführt durch ein illegales Widerstandskomitee der Häftlinge unter anerkannter Leitung der Kommunisten. Wenn ihr es ernst meint mit dem Schwur von Buchenwald als Leitlinie des beschlossenen Selbstverständnisses von ESSQ, dann nehmt den Ausschluss der MLPD zurück und kehrt zu einer solidarischen und gleichberechtigten Zusammenarbeit zurück. Die heutigen Zeiten erfordern es.

MLPD Essen/Mülheim, Dietrich Keil

24.03.2020